

europa • magazin

Sozial&Demokratisch

Herausgegeben von der Initiative
„Europa Sozial & Demokratisch“ der SPD Münster

April/Mai 2010



**Spekulationen
stoppen!**

**Finanz
Transaktions
Steuer
0,05%
JETZT!**

**In dieser Ausgabe u.a.: Eine Steuer gegen Armut + Die Wahlen in Frankreich
+ Griechenland und die Spekulanten + Europäische Öffentlichkeit**



SPD

PES

City Group Münster



Liebe Leserin,
lieber Leser,

der inhaltliche Schwerpunkt dieser Ausgabe des **europa.magazin** behandelt die Auswirkungen der Finanzkrise auf das EU-Mitglied Griechenland und die Frage, wie die EU-Mitgliedsstaaten, allen voran die Euro-Staaten mit Griechenland umgehen. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Angelegenheiten der EU, Angelica Schwall-Düren gibt hierzu in einem Interview Auskunft. Wir geben einen Beschluss der SPE-Ministerpräsidenten wieder, die einen anderen Umgang mit dem Finanzmarkt fordern und drucken eine Analyse nach, in der der Professor für Politische Ökonomie, Michael Krätke zu dem Schluss kommt: „Griechenland ist Überall“.

Auch die anderen Berichte und Texte verdienen Ihre Aufmerksamkeit und wir hoffen, die Lektüre ist interessant.

Wir freuen uns über Zuschriften an:

europa@spd-muenster.de

INHALT

SPD-Ratsfraktion Münster für Transaktionssteuer S. 4 / Interview mit Angelica Schwall-Düren: Was geht uns Griechenland an? S. 6 / Vorschlag der SPE-Ministerpräsidenten zum Finanzmarkt S. 10 / Michael Krätke: Griechenland ist überall S. 12 / Literaturtipp: Jenseits von Programmdebatte und Europawahl S. 14 / Vladimir Zizka: Veranstaltungsbericht - Griechenlands Schuldenkrise S. 15 / Interview mit Anne Wetzel (PS Lille) u.a. über die Regionalwahlen in Frankreich S. 18 / Marc Raschke: Das laute Schweigen im Europäischen Wald S. 20 / Sigrid Fretlöh: Veranstaltungsbericht - Großbritannien zwischen Euro-skepsis und Europavision S. 22

Aufruf: SPE-Aktivist werden! **Mitgliederrechte auf europäischer Ebene sichern**

Alle Mitglieder der Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sind automatisch auch als Person Mitglied der SPE. Woran liegt es, dass man sich als SPD-Mitglied darüber in der Regel nicht bewußt ist? Der Vorstand der SPE, das Präsidium, hat mit einem Beschluss den ersten Schritt dazu getan, damit sich dies ändern kann. Damit sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europäisieren können.

Wenn 500 Mitglieder der SPE aus 15 Ländern sich zusammentun und einen Antrag formulieren, dann können sie demnächst das Präsidium der SPE dazu zwingen, sich mit diesem Antrag auseinanderzusetzen. Damit hat unsere europäische Partei erstmals die Möglichkeit dafür geschaffen, dass sie sich auf europäischer Ebene nicht mehr nur mit den Initiativen und Meinungen der Vorstände der jeweiligen Mitgliedsparteien auseinandersetzen muss. Alle Mitglieder haben mit diesem neuen Instrument die Möglichkeit, die Politik der Partei mitzubestimmen.

Mitmachen können alle als SPE-Aktivist registrierten Mitglieder

Um dieses Recht wahrnehmen zu können, muss allerdings eine Bedingung erfüllt werden: Man muss sich als Mitglied der SPE-Activists registrieren lassen. Das kostet keinen Mitgliedsbeitrag, ist online und ohne Komplikationen möglich. (Siehe Link am Ende des Textes).

Die Registrierung der Mitglieder der nationalen Parteien als SPE-Activists wird damit fast zu einem Akt der „Neugründung“ der Europäischen Partei von unten: Indem sich immer mehr Mitglieder als SPE-Activists registrieren, umso größer wird das Gewicht der einzelnen Mitglieder innerhalb der SPE!

Wer die Europäisierung der Sozialdemokratie vorantreiben, selbst aber gar nicht kontinuierlich europapolitisch aktiv werden will, sollte sich trotzdem als SPE-Aktivist registrieren lassen, z.B. um einen Antrag an das Präsidium der SPE durch seine Zustimmung zu unterstützen.

SO REGISTRIERT MAN SICH ALS SPE-ACTIVIST:

Einfach folgenden Link benutzen:

<http://www.pes.org/en/pes-activists/join-pes-activists>

Herausgeber: „EUROPA Sozial & Demokratisch - eine Initiative der SPD Münster“. SPD Münster, Münzstraße 10, 48143 Münster
Email: europa@spd-muenster.de **Redaktion:** Andrea Arcais (ViSdP), Nikolaus Bley **Titel und Layout:** Andrea Arcais, www.arcais.de
europa.magazin ist ein Informationsbrief, der monatlich als pdf-Dokument erscheint und online kostenlos vertrieben wird.
Kostenloses Abo: Email an: europa-magazin@spd-muenster.de

europa
Sozial&Demokratisch
Eine Initiative der SPD Münster

Dienstag, 4. Mai 2010, 20.00 Uhr

Thema: Die Finanztransaktionssteuer
Für eine Kampagne von Unten zur
Finanzierung von Armutsbekämpfung,
Bildung und Klimapolitik in den Kommunen.

Weitere Themen des Abends: Berichte aus dem Euregio-
Rat / Europa-Parlament / Nächste Veranstaltungen: Europa-Gespräche
im Museum / „Dichtung & Wahrheit“ : Friaul - Slowenien

Die Treffen der Initiative

sind offen für alle SPD-Mitglieder und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Lediglich für Mitglieder anderer Parteien ist die Mitarbeit nicht möglich.

Während der Treffen steht zunächst immer ein inhaltliches Thema zur Diskussion. Dieses wird jeweils von einem Mitglied der Initiative vorbereitet und vorgetragen.

Daneben werden immer auch Veranstaltungen, Aktionen etc. geplant und organisiert.

Neugierig? Herzlich Willkommen!

AWO Begegnungsstätte, Hochstraße 12, Münster

Düsseldorf 29. April, 20.00 Uhr

in der **Edition Galerie fiftyfifty**
Jägerstraße 15, 40231 Düsseldorf

Welche Chancen und Auswirkungen eine europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer hätte, können Sie mit uns und den Europäischen Sozialdemokraten diskutieren.

Kasino-Kapitalismus oder Soziale Marktwirtschaft?

Wie bekommen wir die Finanzmärkte in den Griff?

mit:

Martin Schulz MdEP
Vorsitzender der Fraktion der
Progressiven Allianz der Sozialdemokraten

Seminar in Brüssel
8. / 9. Juni 2010

EU 2020 - Vision oder Utopie?

Kosten:

20,00 Euro incl. Anreise und Übernachtung

Themen:

Neue EU-Strategie „EU-2020“
Bildungspolitik in der EU
Finanzmarktpolitik der EU

Anmeldungen an:

Vladimir Zizka
c/o Petra Kammerevert, MdEP
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf

Tel.: +49-(0)211-5980753-7
Fax: +49-(0)211-5980753-6
E-Mail: info@petra-kammerevert.eu





Resolutionsentwurf der SPD-Ratsfraktion an den Rat der Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster wolle beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,05%.
2. Der Rat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

Begründung:

1. Notwendigkeit

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Stadt Münster hart getroffen. Im städtischen Haushalt sind die Gewerbesteuerereinnahmen und Einnahmen aus den Umlagen der übrigen (Bundes-)Steuern eingebrochen. Auch dadurch befindet sich die Stadt am Rande der Haushaltssicherung. Gleichzeitig werden die Steuern auf Bundesebene immer weiter gesenkt und die Kommunen so an den Rand der Handlungsunfähigkeit getrieben. Münster braucht wie alle Kommunen endlich eine solide Ausstattung. Eine solche Steuer wird helfen, staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu finanzieren.

Kommunal aktiv für eine Finanztransaktionssteuer

SPD-Ratsfraktion beantragt Resolution im Rat der Stadt Münster



Mit dem hier abgebildeten Falblatt sind die Europaaktivisten gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl in Münster und in Düsseldorf anlässlich des europaweiten Aktionstages der Sozialdemokratischen Parteien für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf die Straße gegangen.

Die Münsteraner haben zusätzlich auf der Landesdelegiertenversammlung des Zusammenschlusses aller sozialdemokratischen kommunalen Mandatsträger, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) einen Antrag eingebracht, der die SPD-Kommunalpolitiker auffordert, sich dieser Forderung anzuschließen. Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Die SPD-Ratsfraktion hat diesen Beschluss aufgegriffen und stellt den hier abgedruckten Resolutionsentwurf im Rat der Stadt Münster zur Abstimmung.

Der Finanzmarkt ist zudem immer noch nicht stabil, weitere Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dieses gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen

2. Eine faire Steuer

In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Natürlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen zu begrenzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken - wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken - die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten 1 Mrd. Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgabe und finanzieren damit ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst. Auch die Stadt wird aufgrund geringerer Ausschüttungen der Sparkasse die Krise doppelt bezahlen.

Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten – auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen.

3. Die Einnahmen der Steuer

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von 1 Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden. Diese Einnahmen könnten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und Bildung verwandt werden. Dadurch würde die weltweite Solidarität gestärkt.

gez.:

Wolfgang Heuer
Thorsten Kornblum
Dr. Fritz Baur
und Fraktion

Die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Münster

Bei der letzten Kommunalwahl konnte zwar der Kandidat der CDU für das Amt des Oberbürgermeisters in Münster knapp vor dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Heuer gewinnen. Die Ratsmehrheit haben CDU und FDP allerdings verloren.

Heute kann die SPD im Rat mit den Stimmen der Grünen, der Linken und je einem Vertreter von Piraten, ÖDP und UWG fast alle Vorhaben mit Mehrheit durchsetzen.





Interview mit Angelica Schwall-Düren

Was geht uns Griechenland an?

Griechenland helfen oder nicht helfen – eine der zentralen Fragen angesichts des Finanzdesasters. Angelica Schwall-Düren analysiert die Konsequenzen der griechischen Probleme für Deutschland und die EU, geht auf das Für und Wider, die Möglichkeiten und Hindernisse europäischer Unterstützung ein und zeigt Lösungswege auf.

Europa.magazin:

Griechenland hat den EU-Stabilitätspakt gebrochen und offenbar jahrelang falsche Statistiken an die EU weitergegeben. Warum sollten Deutschland oder die EU nun Griechenland vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit bewahren? Mit anderen Worten: Was geht uns Griechenland an?

Angelica Schwall-Düren:

Angesichts des geringen griechischen Anteils am europäischen BIP wäre eine hellenische Zahlungsunfähigkeit für die EU verkraftbar. Doch ein Domino-Effekt, dem auch andere hochverschuldete Staaten wie Portugal, Spanien, Italien und Irland zum Opfer fallen könnten, wäre nach einer griechischen Pleite sehr wahrscheinlich. Dies aber hätte gravierende Auswirkungen auf die Stabilität des Euros und mithin den Wohlstand im Euro-Raum. Griechenland geht uns deshalb sehr viel an.

Die Situation hat sich in den letzten Wochen ja noch weiter zugespitzt. Werden die EU-Mitgliedsstaaten nun tief in die Kasse greifen müssen, um Griechenland zu unterstützen?

Angelica Schwall-Düren
Bundestagsabgeordnete

*Stellvertretende Vorsitzende der
SPD-Bundestagsfraktion für die
Angelegenheiten der EU*

Solange Griechenland seine Probleme selbst in den Griff bekommt, ist es kurzfristig nicht auf die Hilfe der EU angewiesen. Griechenland versucht weiterhin, ohne fremde Hilfe Kredite zu erhalten.

Damit das Land wieder auf einen grünen Zweig kommt, darf es aber auch nicht überfordert werden.

Am 11. April haben sich die Finanzminister des Eurogebiets endlich dazu bekannt, dass sie Griechenland im Notfall finanziell helfen wollen. Das war wichtig, um Vertrauen zu schaffen, den Euro zu stützen und weitere Spekulationen möglichst zu verhindern. Deutschland wird nur im absoluten Notfall und auf Bitte der griechischen Regierung tätig werden. Außerdem

müsste Griechenland die deutschen Kredite später mit einer angemessenen Verzinsung zurück zahlen. Dadurch wird einerseits Griechenland geholfen und andererseits entstehen Deutschland keine Kosten. Der gegenwärtige Einzelfall Griechenland verdeutlicht aber das grundsätzliche Dilemma der EU, nicht über ein Instrumentarium zu verfügen, um innereuropäischen Ungleichgewichten vorzubeugen oder sie ausgleichen zu können. Die jetzige Krise führt deshalb hoffentlich zu mehr europäischer Integration, um eine Wiederholung der griechischen Tragödie zu vermeiden.

Die deutsche Kanzlerin hat sich in der Frage, ob und wie Griechenland zu helfen sei, nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Hat sie nicht, indem sie den Internationalen Währungsfonds mit ins Boot geholt hat, die europäische Solidarität in Frage gestellt?

Frau Merkel hätte schon längst – auch im wohlverstandenen eigenem Interesse – diese europäische Solidarität an den Tag legen müssen.

Die Verantwortung der EU geht aber weit über die Notwendigkeit akuter Nothilfe hinaus, die Aufgabe, einen Domino-Effekt und weitere Spekulation gegen den Euro zu verhindern. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich endlich der Tatsache stellen, dass ein gemeinsamer Währungsraum nicht ohne eine kollektive Wirtschaftspolitik auskommt. Man könnte meinen, das sei längst Allgemeingut, hört man dieses Mantra doch nicht nur von Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch von immer mehr Politikern.

Wenn es ein solches Umdenken gibt: Warum treten wir dann noch scheinbar auf der Stelle?

Weder die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU noch die Lissabon- Strategie oder der immerhin sanktionsbewährte Wachstums- und Stabilitätspakt wurden als Instrumente genutzt, um zu einer effektiven wirtschaftspolitischen Koordinierung zu gelangen. Die Leitlinien erschöpfen sich in Empfehlungen genauso wie die Lissabon-Strategie, die einerseits »unverbindlich« und andererseits nicht auf die heterogene Struktur der heutigen EU abgestimmt ist.

Der Wachstums- und Stabilitätspakt orientiert sich trotz seines irreführenden »Titels« ausschließlich an der Währungsstabilität, die aber verfehlt wird, wenn nationale Regierungen »tricksen« – wie im Fall Griechenlands. Obwohl die Europäische Zentralbank in der Finanzmarktkrise bei der Stabilisierung der Kreditmärkte eine herausragende Rolle gespielt hat, bleibt eine zentrale Frage bestehen: Müsste sie ihre Politik im Sinne des klassischen magischen Vierecks nicht stärker auf ihre anderen Leitziele – Wachstum, Vollbeschäftigung, Leistungsbilanzgleichgewicht und Nachhaltigkeit – abstimmen?

Und was hältst Du im Gegensatz dazu für Notwendig?

Eine erfolgreiche, koordinierte Wirtschaftspolitik erfordert nicht nur die Reduktion von Defiziten einzelner Mitgliedstaaten. Die EU sollte zudem dafür sorgen, dass die richtige Wachstumsstrategie im Hinblick auf den jeweiligen Entwicklungsstand der einzelnen Mitglieder praktiziert wird. Die Maßnahmen dürfen sich dabei weder widersprechen noch gegenseitig aufheben. Strukturpolitik müsste zu echter Kohäsionspolitik werden.

Unabhängig davon, ob Griechenland es allein schaffen wird, die Überschuldung entscheidend zu minimieren, werden andere Beispiele exorbitanter staatlicher Defizite immer wieder die Frage aufwerfen, ob man die »No-Bailout«-Regel brechen muss. Das wird immer wieder dramatische

Wörterklärungen

Kohäsionspolitik:

Die Kohäsionspolitik ist seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) ein wichtiges Element der EU-Politik. Sie geht davon aus, dass zwischen reichen und ärmeren Regionen in der EU eine Umverteilung stattfinden soll, um die Folgewirkungen der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Mit Programmen zur Kohäsionspolitik hat die EU von 1988 bis 2004 dafür insgesamt rund 500 Milliarden Euro investiert. Vor der EU-Osterweiterung waren die Empfänger vor allem die südlichen EU-Regionen sowie Irland und ab 1990 auch die neuen deutschen Bundesländer.

Nach der großen EU-Erweiterung 2004 um zehn neue, vor allem osteuropäische Mitgliedstaaten verdoppelte sich zunächst das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen. Die meisten Kohäsionsmittel fließen seitdem nach Osteuropa.

No Bailout Regel:

„No-Bailout Regel“ bedeutet, dass die Euroländer innerhalb der Europäischen Union keine Schulden eines anderen Eurostaates durch die Gewährung von nationalen Krediten auffangen dürfen.

Spill over Effekt:

Spill-over (eigentlich: Übertragungseffekt) wird vor allem für Phänomene innerhalb von Integrationsgemeinschaften, wie sie die Europäische Union darstellt, verwendet. Er beschreibt die Auswirkungen nationaler oder übernationaler politischer Entscheidungen auf andere Bereiche. Demnach kann die Überführung bestimmter Politikbereiche an die Europäische Union dazu führen, dass sich auch in anderen Bereichen eine Tendenz zur Vergemeinschaftung entwickelt.





Spekulationen über die Folgen eines möglichen Staatsbankrotts ins Kraut schießen lassen. Ist es da nicht sinnvoller, dem Mangel an Glaubwürdigkeit mit veränderten Regeln zu begegnen?

Die französische Wirtschaftsministerin hat mit ihrer Kritik an Deutschlands Aussenhandelsüberschuss eine Diskussion über die Auswirkungen nationaler Wirtschaftspolitik auf die Entwicklungen der jeweils anderen EU-Staaten ausgelöst. Hast Du den Eindruck, dass diese Diskussion zu konstruktiven Veränderungen im gemeinsamen europäischen Handeln führen kann?

»Bei der regelmäßigen Bewertung von makroökonomischen, strukturellen und finanziellen Entwicklungen werden wir das Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen von nationalen Politiken auf die übrige EU richten und dabei den makroökonomischen Ungleichgewichten und den Unterschieden bei der Wettbewerbsfähigkeit besondere Beachtung schenken.« Dieses Zitat findet man im »Hirtenbrief« des Präsidenten des Europäischen Rats zur Sondersitzung des Europäischen Rats am 11. Februar 2010.»Gut gebrüllt Löwe!«, möchte man ausrufen.

Doch was folgt daraus? Aus den Analysen, Debatten und Appellen ergibt sich in den seltensten Fällen kohärentes Handeln der EU. Die unterschiedlichen Interessen von 27 EU-Staaten sind sehr schwer unter einen Hut zu bringen, trotz gemeinsamer Treueschwüre in Brüssel dominieren oft die nationalen Interessen.

Wer in den letzten Jahren die Notwendigkeit von economic governance oder gouvernement économique ansprach, stieß auf wenig Gegenliebe, da diese Begriffe – zu deutsch Wirtschaftsregierung – Tabuworte waren. Nun hat die Beharrlichkeit von Staatspräsident Sarkozy der deutschen Bundeskanzlerin gegenüber angesichts der Krise doch Erfolg gehabt, denn Angela Merkel hat zum ersten Mal das Unwort ausgesprochen: Man brauche eine Art Wirtschaftsregierung.

Aber hat das einen Widerhall in den europäischen Institutionen?

Auch der neue Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy machte jüngst deutlich, dass es zu mehr europäischer Wirtschafts koordinierung kommen müsse, ja dass man neue Dimensionen wie z.B. Strukturreformen oder die Bekämpfung des Klimawandels in den Wachstums und Stabilitätspakt einbeziehen müsse. Das economic government dürfe sich nicht nur um Wettbewerbsfähigkeit kümmern, sondern müsse auch die makroökonomischen Ungleichgewichte ansprechen. Die wirtschaftlichen spill-over-Effekte würden viel zu wenig berücksichtigt.

Damit kommt ein Element in den Blick, das neben den hausgemachten Problemen und der Finanzmarktkrise ein Grund für die Schwierigkeiten der Südländer ist: die Leistungsbilanzungleichgewichte, hier auch insbesondere der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands, der das Land zum Export- Weltmeister bzw. Vize-Weltmeister machte und dem auf der anderen Seite Länder wie Griechenland mit Leistungsbilanzdefiziten gegenüber stehen.

Über Jahre hinweg haben die neoliberalen Ideologen die deutsche Politik und Gesellschaft angetrieben, die Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnpolitik zu steigern, mit dem Ergebnis von Kaufkraftschwund bzw. -stagnation in Deutschland. Systemisch dazu haben sich eine große Anzahl von EU-Mitgliedstaaten verhalten, die ihrerseits Lohnsteigerungen über dem Produktivitätszuwachs zuließen. So absurd es erscheinen mag, dass ein Land, das selbst aufgrund von Arbeitnehmerfreizügigkeit stets Furcht vor Sozialdumping hatte, eben solches ermöglicht hat, so ist es doch nicht zu leugnen, dass in Deutschland die Lohnentwicklung hinter der Produkti-

vitätsentwicklung zurückgeblieben ist. Krisenprävention würde auch bedeuten, eine koordinierte Wirtschafts-, Fiskal und Lohnpolitik zu betreiben.

Aber mit welchen Instrumenten soll das europäisch umgesetzt werden?

Ohne Zweifel ist gerade letzteres aufgrund der heterogenen Strukturen nicht einfach, doch gibt es durchaus ordnungspolitische Möglichkeiten zur Unterstützung, wie beispielsweise einen an der Produktivität orientierten, existenzsichernden Mindestlohn. Eine zunehmende Harmonisierung der Steuerpolitik ist unabdingbar, damit den EU-Staaten nicht durch Steuerdumping die Mittel für eine stabilisierende Innovations-, Bildungs- und Sozialpolitik entzogen werden. Auf dem Weg dorthin müsste der Vorschlag der Kommission umgesetzt werden, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und einen Mindeststeuerkorridor einzuführen. Strukturhilfemittel könnten bei Einhaltung der in der EU verabredeten wirtschaftspolitischen Leitlinien vergeben werden.

Zu den Vorschlägen, die derzeit offensichtlich keine Chance haben, umgesetzt zu werden, gehört auch der, einen Europäischen Währungsfonds aufzubauen. Was hältst Du davon?

Viel. Denn auch wenn diese sehr weitreichenden Vorstellungen umgesetzt werden können, um in Zukunft Krisen zu verhindern, muss die EU sich dennoch auf Notsituationen einstellen, in denen einer ihrer Mitgliedstaaten vom Staatsbankrott bedroht sein könnte. Dann darf nichts dem Zufall oder spontanen Entscheidungen überlassen werden. Vielmehr sollte die EU Instrumente entwickeln, um in einem solchen Fall finanziell und konditioniert helfen zu können oder um diesen gefährdeten Staat gegebenenfalls geordnet pleite gehen zu lassen. Das Instrument der Wahl wäre ein einzurichtender Europäischer Währungsfonds (EWF).

Was wären die Vorteile eines EWF?

Der Versuchung eines überschuldeten Mitgliedstaates, auf Kosten der anderen Staaten von den eigenen Schulden befreit zu werden, würde vorgebeugt, da dem Staat mit der Pleite gedroht werden kann, wenn er die Auflagen der EU zur Sanierung nicht erfüllt. Es gäbe klare Regeln, denen alle Mitgliedstaaten zugestimmt hätten und die vor der Krise bekannt wären. Die EU bzw. die Euro-Staaten würden ihre Probleme selbst lösen und nicht auf den IWF abwälzen. Die Kosten der Hilfe würden gerecht und solidarisch verteilt. Gleichzeitig hätte die Einrichtung eines derart funktionierenden Währungsfonds bereits prophylaktische Wirkung. Vertragsgrundlage könnte die in den Verträgen verankerte Verstärkte Zusammenarbeit sein.

Fest steht schon jetzt, dass die gegenwärtigen griechischen Schwierigkeiten auf strukturelle Probleme hinweisen, die neuer Lösungen bedürfen. Das europäische Fahrrad muss vorwärts fahren, damit es nicht umfällt.

Europapolitik in der SPD Bundestagsfraktion

Wer ist in der SPD-Bundestagsfraktion für die Europapolitik zuständig?

Zunächst einmal die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, **Angelica Schwall-Düren**. Dann natürlich der Sprecher der Arbeitsgruppe „Angelegenheiten der Europäischen Union“, **Axel Schäfer** und die Mitglieder seiner Arbeitsgruppe.

Für Fragen in Bezug auf Menschenrechte und Europa ist auch **Christoph Strässer** beteiligt. Der Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der Fraktion ist auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.





Beschluss der SPE-Ministerpräsidenten

Vorschlag zur Einrichtung eines europäischen Finanzstabilitätsmechanismus

Am 10. Februar haben sich die SPE Ministerpräsidenten auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Sie lautet wie folgt:

„Der Schutz der Eurozone in ihrer Gesamtheit erfordert gleichzeitig eine klare und koordinierte Antwort der Eurozone selbst, die auf Grundlage politischer und finanzieller Verantwortung und Solidarität erfolgen muss. Um sicherzustellen, dass der Eurozone die internen Mittel zur Vermeidung jeglicher Risiken einer Zahlungsunfähigkeit zur Verfügung stehen, muss ein einheitlicher Rahmen definiert werden, welcher, unter bestimmten Voraussetzungen, nationale Haushaltsdisziplin mit einem Notfallmechanismus für finanzielle Unterstützung verbindet, indem die Gewährung von Krediten durch private Banken mit einer Garantie durch die Mitglieder der Eurozone verknüpft wird.“

Der während des informellen Ratsstreffens am 11. Februar vorgestellte SPE Stabilisationsplan wurde von einigen Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, sowie einigen Mitgliedern der EU Kommission zurückgewiesen. Gegner des Plans argumentieren, dass Griechenland zunächst unter „Quarantäne“ gestellt und mit strikten Haushaltsauflagen belegt werden müsse. Dies entspricht der herkömmlichen konservativen Herangehensweise.

Die Sozialdemokratische Partei Europas sowie ihre Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden haben einen anderen, gerechteren Lösungsansatz, sowohl für Griechenland als auch für die langfristige Zukunft der Eurozone.

Dieser Mechanismus trägt den Namen „Europäischer Finanzstabilitätsmechanismus“.

Als gesetzliche Grundlage für diesen Mechanismus dient Artikel 122 des Lissabonner Vertrages, welcher eine direkte Intervention auf Grund des Solidaritätsprinzips ausdrücklich erlaubt:

1) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in den Verträgen vorgesehenen Verfahren im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen beschließen [...]

(2) Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Union zu gewähren. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über den Beschluss.

Eine solche Intervention durch eine „staatseigene Kreditanstalt“ wird eindeutig durch Artikel 123 gebilligt. Wir befürworten, dass diese Rolle von der Europäischen Investitionsbank und nicht von nationalen staatseigenen Kreditanstalten übernommen wird, um einen kollektiven, auf Solidarität basierenden Krisenmanagementmechanismus zu gewährleisten.

Ziele des europäischen Finanzstabilitätsmechanismus

- Hauptanliegen des Mechanismus ist die Schaffung von Rahmenbedingungen unter denen die Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedstaates der Eurozone von den Märkten als unmöglich erachtet wird.
- Der Mechanismus schützt die Eurozone vor Angriffen von Spekulanten auf nationale Staatsschulden und die Gemeinschaftswährung.
- Der Mechanismus gewährleistet, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone Kredite zu „normalen“ Marktkonditionen aufnehmen können.

Einzelheiten des Mechanismus

Der Mechanismus wird von der Europäischen Investitionsbank (EIB) geleitet. Wir schlagen die Gründung eines Treuhandfonds vor, der durch die EIB das Interesse aller Mitgliedstaaten der Eurozone repräsentiert. Die EIB könnte diesen Fond nutzen, um Kredite zu fairen Konditionen am Markt aufzunehmen. Sobald die Refinanzierung durch den Treuhandfond gewährleistet ist, würde er zur Kreditvergabe zu fairen Bedingungen an jeden Mitgliedstaat der Eurozone, der durch Spekulationen unter Druck gerät, genutzt.

Gegenwärtig könnte beispielsweise Griechenland Kredite zu fairen Bedingungen bei diesem Fond aufnehmen und so von Spekulanten künstlich angeheizte Kreditraten umgehen. Anhand der Entwicklung der Finanzmärkte und insbesondere deren makroökonomischer Auswirkungen, wird der ECOFIN* Rat über den passenden Moment zur Aktivierung des Mechanismus entscheiden. Im Hinblick auf den gegenwärtigen, dringlichen Fall fordern wir den ECOFIN Rat dazu auf, diese Empfehlungen in seiner Sitzung am 16. März unverzüglich umzusetzen.

Die Einrichtung des Mechanismus für ein Land setzt eine Anzahl von Bedingungen voraus. Der von dem Mechanismus profitierende Staat muss eine Strategie zur finanziellen Konsolidierung vorlegen, welche im Einklang mit einer nachhaltigen Erholung der Wirtschaft steht. Der ECOFIN Rat sollte die Strategie des antragstellenden Mitgliedstaates auswerten, insbesondere im Bezug auf das Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung und die Schwerpunktsetzung für öffentliche Ausgaben und Einnahmen. Bei der Auswertung der finanziellen Konsolidierungsstrategie muss besonderer Wert auf deren Wirkung hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, des Beschäftigungsniveaus und der Reduzierung von sozialen Ungleichheiten gelegt werden.

*Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (offiziell: Rat „Wirtschaft und Finanzen“; umgangssprachlich auch als Ecofin-Rat, EcoFin oder ECOFIN bezeichnet) ist ein Organ des Rat der Europäischen Union in der Zusammensetzung „Wirtschaft und Finanzen“. Angehörige dieses Rates sind die Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten.





Michael Krätke

Griechenland ist überall

In Europa floriert im Schatten der Finanzkrise das Geschäft mit Staatsanleihen vorzüglich. Denn Staaten sind die besten Schuldner, die ein Gläubiger sich wünschen kann

Auf die Banken- und Finanzmarktkrise folgte prompt und absehbar die Weltwirtschaftskrise. Beiden schließt sich jetzt die Krise der Staatsfinanzen als drittes Stadium der Großen Krise an. Ein Kampf um Schuld und Sühne: Für die großzügige Rettung der Banken sollen die Normalbürger aufkommen. Die rasant gestiegenen Staatsschulden dienen als Knüppel, um ihnen genau diese Logik einzubläuen. Einige kleine Völker – die Isländer im Norden, die Griechen im Süden – wagen es, dem herrschenden Aberwitz zu widersprechen und weigern sich, für die Krise zu zahlen. Fast über Nacht sind die Schulden der anderen zum Problem aller geworden.

Michael Krätke

ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster.

Quelle:

www.Freitag.de, vom 02.04.2010

Nach jüngsten Zahlen des IWF haben fünf der G8-Staaten inzwischen Staatsschulden von über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit Japan (230 Prozent) an der Spitze. Deutschland und Kanada liegen vorläufig noch unter der 100-Prozent-Marke, die EU-Staaten Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland dicht an oder über diesem Limit. Nie zuvor in Friedenszeiten ist die Staatsschuld in den entwickelten kapitalistischen Ländern so extrem gestiegen wie seit Beginn der Weltfinanzkrise Ende 2007.

Allein 2009 wuchsen in der Bundesrepublik die Verbindlichkeiten des Staates auf 1.692 Milliarden Euro. Nur 1995 – als die wirklichen Kosten der Wiedervereinigung erstmals voll durchschlugen – war der Sprung bei den Staatsschulden noch gewaltiger. In den OECD-Ländern liegt das durchschnittliche Niveau der Staatsdefizite inzwischen bei gut 80 Prozent des BIP, in wenigen Jahren dürfte die 100-Prozent-Marke allgemein überschritten sein. Griechenland ist überall.

Über 8.000 Milliarden Euro

Seit jeher sind Ökonomen gespalten, wenn es um Staatsschulden geht. Es heißt, ein Staat, der zu wenig Schulden macht, verspielt die Zukunft. Ein Staat, der zu viel Schulden auftürmt, ruiniert die Volkswirtschaft. In Deutschland wie in allen neoliberal regierten Ländern herrscht das Einheitsdogma, Staatsschulden seien an und für sich von Übel, führten zur Inflation, zu exorbitanten Steuern und zum Staatsbankrott. Mit aller Mediengewalt wird versucht, den Zusammenhang zwischen Finanzkrise, Bankenrettung und explodierenden Staatsschulden vergessen zu machen, stattdessen das Lied vom Sparen und Kürzen anzustimmen mit dem Refrain vom „unbezahlbaren Sozialstaat“.

Kein Grund zur Panik. Kein Staat in Europa muss pleite gehen. Auch die Griechen müssen ihre fast 300 Milliarden Euro (fast 130 Prozent des BIP) nicht zurückzahlen, sondern nur regelmäßig refinanzieren, sprich: alte Schulden durch neue ersetzen. Eigentlich sollte das kein Problem sein. Der Staat, ausgestattet mit dem Steuer- und Geldmonopol, ist der mit Abstand beste Schuldner. Er kann – anders als die Großbanken – nur pleite gehen, wenn die gesamte Volkswirtschaft ruiniert ist. Davon kann aber trotz Krise nirgendwo in der EU die Rede sein.

Weltweit steigen die Staatsschulden, immer mehr öffentliche Anleihen werden auf die Finanzmärkte geworfen und in der Regel blitzschnell verkauft, sogar mit Kursgewinnen, weil die angebotenen Anleihen weit überzeichnet werden. Selbst Griechenland hätte noch zu Jahresanfang leicht das Dreifache an Anleihen auf die Finanzmärkte werfen können. In der gesamten EU wurden 2008 über 650 Milliarden Euro an Staatsanleihen ausgeben, 2009 waren es schon über 900 Milliarden, 2010

werden es (nach konservativer Schätzung) deutlich über 1.100 Milliarden sein. Insgesamt stehen die EU-Staaten heute mit über 8.000 Milliarden Euro in der Kreide. Die USA gesellen sich mit über 2.300 Milliarden Dollar an frischen Staatsanleihen hinzu. Das Geschäft mit den Staatsschuldpapieren floriert wie nie zuvor. Warum also die Aufregung an den Finanzmärkten, woher die plötzliche Besorgnis über die Schulden Griechenlands, Italiens Spaniens, Portugals oder Irlands? Woher die Angst vor dem Staatsbankrott, an den doch die Finanzmärkte offenbar am wenigsten glauben? Nach wie vor gehen griechische, spanische, portugiesische Staatsanleihen weg wie warme Semmeln, sind genauso begehrt wie deutsche Staatspapiere. Natürlich mit saftigen Risikoaufschlägen, wodurch das Geschäft mit diesen Paketen deutlich profitabler wird.

Staatsschulden sind älter als der moderne Kapitalismus. Staatsbankrotte waren einst – vor Erfindung der permanenten Staatsschulden – probates Mittel der Regierenden, sich ihre Gläubiger gefügig zu machen. Die hielten sich dafür mit exorbitanten Zinsen schadlos. Heutzutage sind Taten-Meldungen über drohende Staatspleiten ein überaus wirksames Mittel, um Regierungen und mit ihnen die angeblichen Souveräne, Völker und Nationen, den Finanzmärkten gefügig zu machen. Wenn der Kredit eines Staates wirksam in Zweifel gezogen wird, nützt das vor allem den Gläubigern, heutzutage in der Regel nicht andere Staaten, sondern private Anleger, Banken, Versicherungen und Fonds. Ein beachtlicher Teil des Reichtums einer Nation fließt in deren Taschen.

Die reinen Defizit- und Staatsschuldenquoten sagen wenig über das tatsächliche Schuldenrisiko. Derlei Quoten sind freilich bei den ökonomischen Laien der politischen Klasse beliebt, weil sie von den wirklichen Schwächen einer Volkswirtschaft – etwa der extremen Exportabhängigkeit Deutschlands – ablenken. Versimpelt wird auch gern die Zinsquote, das Verhältnis zwischen jährlichen Steuereinnahmen und den jährlich zu zahlenden Zinsen für eine Staatsschuld. Wenn wie in Griechenland die Steuereinnahmen wenig ergiebig sind, weil die Eliten kaum Steuern zahlen, die Wirtschaftskrise das Steueraufkommen schrumpfen lässt und die Zinslasten durch Spekulanten und Rating-Agenturen in die Höhe getrieben werden, dann kann die Zinsquote rasch auf 30 oder 40 Prozent steigen. Wenn das eintritt, also der Schuldendienst den Staatshaushalt auffrisst, stürzt das betreffende Land in der Tat in die Schuldenfalle. Daraus befreien könnte es sich nur durch Ausrufung eines veritablen Staatsbankrotts. Um das zu vermeiden, muss man die Zinslast verringern. Eine Gemeinschaft wie die der Euroländer könnte das sehr leicht bewirken, indem sie die Kreditwürdigkeit eines Mitgliedes wie Griechenlands stärkt, ohne auch nur einen Cent von dessen Staatsschuld zu übernehmen und den populistischen Dummheiten von Merkel & Co. zu verfallen.

Es waren und sind Banken – europäische Institute zuerst –, die Griechenlands Staatsschulden kaufen, halten und an dessen Finanzkrise prächtig verdienen: Französische, schweizerische und deutsche Bankhäuser und Versicherungen sind die Hauptgläubiger, US- und britische Banken folgen unter ferner liefen. Portugiesische Banken besitzen fast ebenso viele griechische Staatsanleihen wie die US-Amerikaner.

Per Inflation abräumen?

Zweifellos ließen sich Staatsschulden mit Hilfe einer kräftigen Inflation abschmelzen, bei der Staatsschuld-papiere entwertet und die Nominalzinsen gesenkt werden, die der Staat dafür zahlt. Um kurzfristig für Abhilfe zu sorgen, müsste die Inflation jedoch zum Galopp werden. Derzeit ist das trotz weltweit steigender Staatsschulden kaum möglich, denn solange strukturelle Überkapazitäten in nahezu allen Branchen bestehen, werden die Preise kaum abheben. Preistreiber ist im Moment der Staat, Preistreiber sind einige Großkonzerne, die Energie und Ressourcen unter Kontrolle haben





– für eine Hyperinflation reicht das nicht. Welcher Ausweg bleibt? Warum sollte es zur Abwechslung nicht einmal mit Verstand statt mit dogmatischem Eifer und populistischer Schlagseite versucht werden? Auch ohne einen Cent der griechischen Staatsschulden zu übernehmen, ließe sich den Griechen einfach und wirkungsvoll helfen. Zum Beispiel mit Eurobonds oder Krediten der Europäischen Zentralbank (EZB). Schon jetzt greift die Ausnahmeregelung, die es den Zentralbanken der Eurozone gestattet, griechische und andere Staatsanleihen als Sicherheiten zu akzeptieren.

Sinnvoller wäre es, damit künftig Krisen dieser Art vermeidbar sind, die Regeln zu ändern. Es gehorcht keiner ökonomischen Logik, dass es der EZB nach ihren Statuten verboten ist, Staatsanleihen der Mitgliedsländer der Eurozone zu kaufen und zu halten. Nach dieser absurden Regel hat die EZB in den vergangenen Monaten die Banken in Euroland mit Billigstkrediten geradezu überschüttet, aber sich zugleich geweigert, den Mitgliedsstaaten mit Krediten beizuspringen. Stattdessen können sich europäische Banken – voran die deutschen – bei der EZB Geld zu Niedrigzinsen leihen, das sie dann dem griechischen Staat zu Höchstzinsen anbieten. Ein tolles Geschäft. Ackermann und Co. sind begeistert.

Das ist nicht nur Dummheit, das hat Methode. Mit der Angst vor dem Staatsbankrott und vor einem drohenden Währungschaos, falls der Euro fällt, werden weitere neoliberale „Reformen“ durchgedrückt. In Spanien, Italien, Portugal, in Großbritannien – überall steht jetzt die Rente mit 67 auf der Tagesordnung. Überall dürfen sich die Normalbürger – nicht die Kapital- und Vermögensbesitzer – auf kräftige Steuererhöhungen gefasst machen. Überall werden die öffentlichen Leistungen zusammengestrichen, überall wird der öffentliche Sektor ausgedünnt. Angetrieben von der angeblichen Finanznot des Staates wird die Privatisierung öffentlichen Eigentums fröhlich vorangetrieben. Die Griechen werden geschlachtet, die Portugiesen weichgekocht, die Messer gegen Spanien eifrig gewetzt. De te fabula narratur.

Literaturtipp

„Jenseits von Programmdebatte und Europawahl Diskussionsbeiträge zur europapolitischen Debatte in der Sozialdemokratie“

Allein die Tatsache, dass ein europapolitischer Arbeitskreis eines SPD-Unterbezirks ein Buch mit Debattenbeiträge zur Europapolitik seiner Partei herausgibt, ist an und für sich schon eine lobende Erwähnung wert. In diesem, im LIT-Verlag erschienenen Buch, das von der Leiterin des AK Europa der SPD Bonn herausgegeben wurde, schreiben Politiker und Europa-Profis über ein politisches Arbeitsfeld, das (nicht nur) in der Sozialdemokratie nicht Ernst genommen wird. Um diesem (freundlichen) Desinteresse abzuweichen, wurde dieser Band zusammengestellt.

Die Beiträge werden in insgesamt fünf Kapitel sortiert: 1. Wir sind Nachbarn in Europa / 2. Europäische Wirtschafts- und Sozialunion / 3. Bildungsraum Europa - Bildungschancen und -hindernisse / 4. Europa in der Welt, aber keine „Festung Europa“ / 5. Wo beginnt Europa - „Europa der Bürger?“ Demokratisierung und Politisierung von unten.

Beiträge u.a. von Axel Schäfer, europapolitischem Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, von Hannelore Kraft und Wolfram Kuschke spiegeln auf der einen Seite sozialdemokratische Europadiskussion wieder. Siebo M. Janssen berichtet über die europapolitische Diskussion in der niederländischen PvdA, Ole Erdmann über Eckpunkte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in der EU.

Der interessante Band kann bei Sigrid Fretlöh zum Preis von 15,00 Euro bestellt werden: Sigrid.Fretloeh@gmx.de



Griechenlands Schuldenkrise – Gefahr für den Euro?

Ein Bericht aus einer Veranstaltung der Arbeitskreise-Europa Duisburg und Düsseldorf mit dem Referenten Referent Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt am 15. April in Duisburg.

Von Vladimir Zizka.

Die Einführung der gemeinsamen Währung ist und bleibt positiv für die gesamte Eurozone und die Entwicklung der Europäischen Union. Allein der Wegfall der Umtauschkosten führte zu einem zweiten Wachstumsschub der EU-Wirtschaft seit der Vollendung des Binnenmarkts 1993 und dem damit verbundenen Wegfall der Zoll- und Handelsbarrieren. Die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten wurde für Unternehmen insbesondere aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher direkt vergleichbar und transparent.

Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) sichert die Währungsstabilität. Insbesondere in den Weichwährungsländern wie Griechenland und Italien gab es deshalb starke Zustimmung zum Eurobeitritt. Die deutschen Befürchtungen vor einem weichen Euro sind nicht eingetreten. Nach anfänglicher Schwächephase bewegt sich der Euro-Kurs auf einem hohen Niveau gegenüber dem Dollar (von 0,85 \$ bis heute 1,3 \$) und das trotz der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Schulden durch Reformverschleppung

Die Schuldenkrise Griechenlands ist in erster Linie hausgemacht. Die aufgrund des demographischen Wandels dringend notwendigen Reformen des Renten- und des Gesundheitssystems wurden verschleppt. So liegt beispielsweise die Durchschnittsrente bei 753,-€. Nach 45 Jahren Beitragszahlung erhält der Grieche 90% seines Gehalts. Das Renteneintrittsalter beträgt weiterhin 65 Jahre.

Die Regierungen, egal welcher Couleur, machen besonders in Vorwahljahren teure Wahlversprechen und betreiben Klientelpolitik. Die Korruption und Vetternwirtschaft ist in Griechenland noch immer an der Tagesordnung. So landen auch EU-Mittel oftmals nicht da, wo es angebracht wäre. Griechenland gehört nach wie vor zu den Nettoempfängern in der EU und bekommt jährlich 6,2 Mrd. € mehr aus Brüssel überwiesen, als es in den EU-Haushalt einzahlt. Die EU genießt hohes Ansehen in Griechenland und den europäischen Institutionen wird mehr vertraut, als der eigenen Verwaltung und Regierung.

Eigentlich hätte Griechenland mit seinem übermäßig hohen Haushaltsdefizit kein Euroland werden dürfen. Und so war es nur richtig, dass die EU-Kommission nach Bekanntgabe der falschen Zahlen 2004 eine Vertragsverletzungsklage gegen Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht hat. Da jedoch die großen Nettozahlerländer Frankreich und Deutschland in der Zeit zwischen 2002 und 2005 aufgrund tiefgreifender Reformen ihrer Sozialsysteme ebenfalls die Maastrichter Obergrenze bei der Neuverschuldung von 3% des Bruttoinlandsprodukts überschritten hatten, ist die Klage ruhend. „Sünder“ kontrollierten „Sünder“ und die Maastrichter Kriterien wurden aufgeweicht und flexibler interpretiert, um nicht gegen die Mehrzahl der Eurostaaten klagen zu müssen.

Vladimir Zizka

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Europaabgeordneten
Petra Kammerevert
und Leiter des AK Europa
der SPD Düsseldorf*





Kreditwürdigkeit Griechenlands und die Spekulanten

Die Krise in Griechenland ist nicht primär durch Finanzmarktspekulanten entstanden! Die Finanzmärkte setzen durch ihre marktwirtschaftlichen Regeln Sanktionen durch, die die griechische Politik nicht durchsetzen konnte. Die internationalen Ratingagenturen bewerten die Kreditwürdigkeit der einzelnen Staaten unterschiedlich. So wird z.B. Deutschland mit seiner starken und stabilen Wirtschaft mit „AAA“ bewertet. Die Zinsen für eine Aufnahme von Krediten auf den internationalen Finanzmärkten sind somit niedrig und liegen derzeit für Deutschland bei 2,7%. Auch Griechenland erfuhr durch den Beitritt zur Eurozone einen Gewinn an Vertrauen auf den internationalen Finanzmärkten. Und das nicht nur aufgrund der manipulierten Zahlen beim Haushaltsdefizit seit dem Beitritt zur Eurozone 2001. Insbesondere durch die zu erwartende stabilen Wirtschaftsentwicklung und die durch die EZB garantierte Währungsstabilität ist seit 1996 der Kreditzins stetig gesunken (von 10,5% im Jahre 1996 auf 4,6% im Jahre 2008). Die niedrigen Kreditzinsen führten wiederum zur leichteren Aufnahme neuer Schulden. Seit der Bekanntgabe von Rückzahlungsschwierigkeiten steigen jedoch die Kreditzinsen für Griechenland wieder an und erschweren somit die Haushaltslage. Aus diesem Grund hatte die griechische Regierung die europäischen Partnerländer und den Internationalen Währungsfond (IWF) um Bürgschaften bei Aufnahme neuer Kredite auf den Finanzmärkten gebeten.

Weiterführende Literatur:

Studie von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt
„Griechenlands Schuldenkrise: Gefahr
für den Euro? Das Dilemma von
vertragskonformen oder politisch
opportunen Lösungen“

Anfordern über:
heinz-juergen.axt@uni-due.de

Griechenlands Schulden eine Gefahr für den Euro?

Die Währungsunion ist noch keine politische Union. Nur die Währungspolitik und damit die Währungsstabilität des Euro obliegen der von den Mitgliedstaaten unabhängigen Europäischen Zentralbank. Für die Wirtschaftspolitik, die Preisstabilität und die ausgeglichenen Haushalte sind die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich.

Die EU ist also kein dem deutschen System vergleichbarer Bundesstaat. Es gibt keinen rechtlichen Anspruch eines EU-Mitgliedstaates auf finanziellen Beistand in Krisenzeiten. „Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften...“ („Haftungsausschluss“; Art. 125 AEUV) Dennoch haben die EU-Finanzminister einem „Rettungspaket“ von 30 Mrd. € (zuzüglich 15 Mrd. € vom IWF) im Falle einer In-

solvenz Griechenlands zugestimmt. Dabei liegt der Anteil Deutschlands bei ungefähr 27 Prozent. Die Bundesregierung müsste demnach 8 Mrd. € beisteuern. Das bietet neue Angriffspunkte für Euro- und EU-Gegner wie Joachim Starbatty, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen, der bereits 1993 und 1997 gemeinsam mit Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling und Karl Albrecht Schachtschneider versucht hat, durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht die Einführung des Euro zu verhindern.

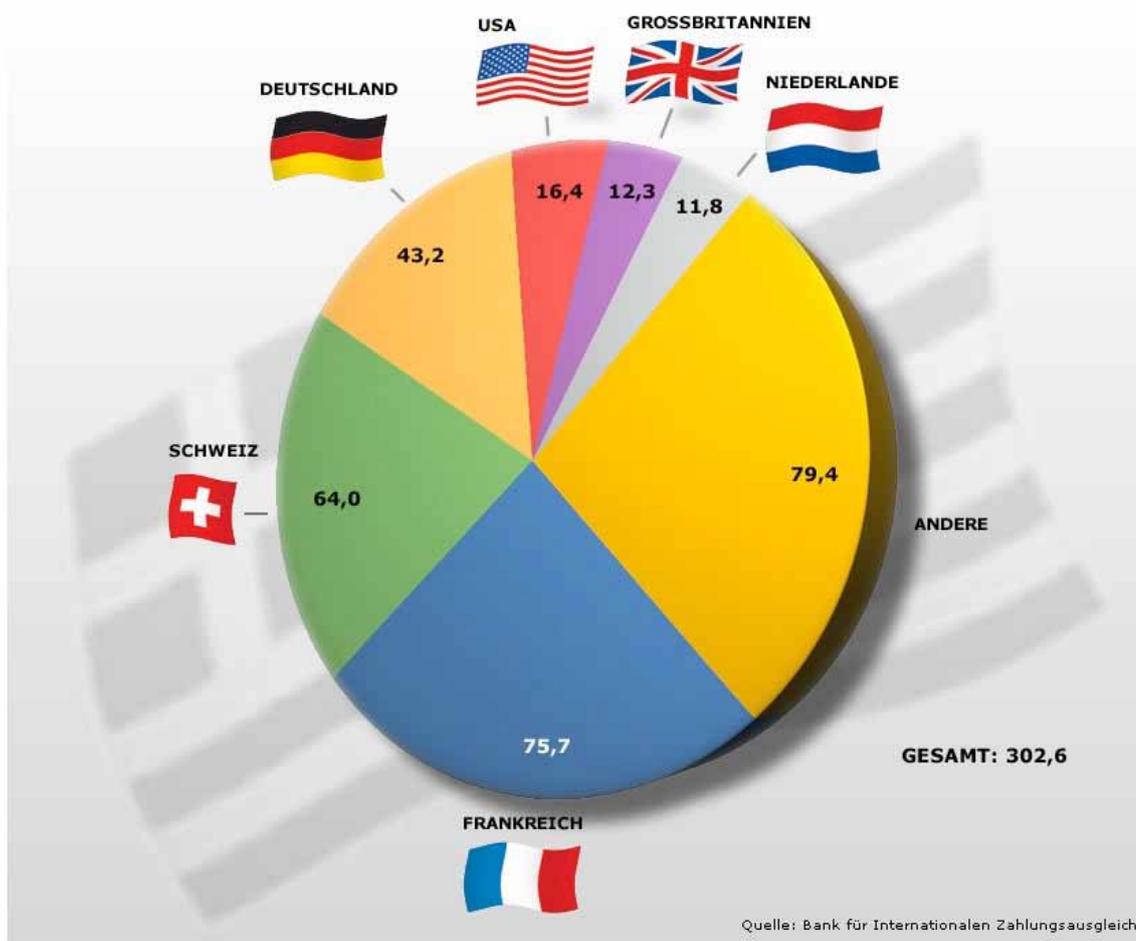
Der Schuldenstand Griechenlands beträgt rund 300 Mrd. €. Allein deutsche Banken besitzen schon 43 Mrd. € an griechischen Anleihen (Frankreich u.a. 75 Mrd. €, Schweiz 64 Mrd. €, USA 16 Mrd. €, GB 12 Mrd. € - siehe Grafik). Somit sind die Schulden Griechenlands auch ein Problem für Staaten außerhalb der Eurozone. Deutschland und andere Länder des IWF stehen also vor der Frage, ob sie die eigenen Banken retten, so wie es am Anfang der Finanzmarktkrise bereits der Fall war oder eher Griechenland und somit auf lange Sicht den eigenen Banken helfen.

Wie gefährlich Griechenlands Schulden für die Euro-Stabilität tatsächlich werden, wird daran gemessen, wie die griechische Regierung das geplante Sanierungsprogramm umsetzt. Ob es gelingt, die seit 2008 wachsende Diskrepanz zwischen steigenden staatlichen Ausgaben und sinkenden Einnahmen zu beseitigen und damit das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Es wird nicht einfach sein, Steuerbefreiungen zu beseitigen und Steuererhöhungen in allen Bereichen (MwSt., Luxusgüter, Zigaretten, Benzin usw.) durchzusetzen, Grundbesitzsteuer einzuführen, Gehaltskürzungen und Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor zu vollziehen sowie zugleich Steuerhinterziehung zu unterbinden und das Renten- und Gesundheitssystem zu reformieren.

Die Zeichen stehen derzeit günstig. Die sozialdemokratische PASOK-Regierung von Regierungschef Papandreou genießt weiterhin, und zwar trotz der angekündigten radikalen Sparmaßnahmen, das Vertrauen der Bevölkerung und steht 12% vor der konservativen Opposition in den Umfragen. Zudem sind 80% der Griechen für das Sparprogramm. Allerdings empfinden es 40% als sozial ungerecht. Es wird eine Herkulesaufgabe der Regierung sein, die soziale Gerechtigkeit herzustellen und alle Gesellschaftsschichten gleich an den schmerzhaften Reformen zu beteiligen.

Griechenlands Schulden bei Banken im Ausland

(in Milliarden Dollar)





Interview mit Anne Wetzel, PS-Frankreich

„Der Tanz der Egos steht nicht mehr im Vordergrund“

Ein Interview mit der Europaverantwortlichen der Französischen Sozialisten aus Lille über den Ausgang der Regionalwahlen in Frankreich, die Europapolitik der Französischen Sozialisten und die Zusammenarbeit mit Linken und Grünen.

europa.magazin:

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat in den letzten Jahren einen intensiven Diskussionsprozess durchgemacht. Von Außen sah dies nicht immer so aus, als ob sich die Partei schnell fangen und zu neuer Stärke finden würde. Bei den Regionalwahlen im März 2010 habt Ihr nun – gemeinsam mit Grünen und Kommunisten – in allen Regionen ausser Elsass und einer Übersee Provinz die Wahlen zum Teil haushoch gewonnen. War dieses Wahlergebnis nur Ausdruck der Unzufriedenheit der Menschen mit Sarkozy oder auch neue Stärke der PS?

Anne Wetzel

ist verantwortlich für die Europapolitik der Französischen Sozialistischen Partei in der Region Nord Pas de Calais. Sie lebt und arbeitet in Lille.



Anne Weitzel:

Das Wahlergebnis der Regionalwahlen ist zum einen ganz klar Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik der konservativen Regierung und der Sarkozys. Mittlerweile ist der Beliebtheitsgrad von Sarkozy auf 30% gesunken !

Zum anderen zeigt das Wahlergebnis des 21. März aber auch die Zufriedenheit der Wähler mit der Regionalpolitik, die sechs Jahre lang in den von den Sozialisten regierten Regionen geführt wurde. Die Wähler ziehen eher eine positive Bilanz der Politik in ihrer Region.

Seit einem Jahr hat sich aber auch auf nationaler Ebene bei den Sozialisten einiges geändert : Der Tanz der Egos steht nicht mehr im Vordergrund und Teamgeist ist wieder gefordert. Anders als 2004, wo die Sozialisten auch die Regionalwahlen haushoch gewonnen hatten, dann aber auf nationaler Ebene gegen Sarkozy verloren hatten, sind sich sehr viele der Gefahr bewusst, und es herrscht keine Euphorie sondern eher das Bewusstsein, dass es noch ein weiter Weg bis zum Regierungswechsel ist. Das gute Wahlergebnis ist so der erste Schritt zu der Ausarbeitung

eines alternativen Programms für 2012 und den Präsidentschaftswahlen, und die nächsten Monate sind entscheidend.

Ein anderer Aspekt, der die Freude über den Wahlsieg etwas trübt, ist die hohe Wahlenthaltung und die die guten Ergebnisse des rechtsextremen „Front National“, der zum Beispiel in Nordfrankreich 20% der Wählerstimmen erhalten hat.

Wir müssen leider in fast allen Ländern der EU erleben, dass rechte und rechtspopulistische Parteien erstarben. Ende März hat – entgegen der Erwartung fast aller politischen Beobachter – beispielsweise die Partei des italienischen Ministerpräsidenten, „Popolo della Libertà“, bei den Regionalwahlen statt zu verlieren, vier Regionen hinzugewonnen. Bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden war der Wahlsieger die Partei des Islamhassers Wilders. Umso wichtiger scheint es, dass auf der linken Seite eine gemeinsame Politik entwickelt wird, die von den Menschen mitgetragen werden kann. Wird das linke Bündnis, mit dem ihr die Regionalwahlen gewinnen könntet Bestand haben und gemeinsame Positionen bis zu den nächsten Wahlen entwickeln, oder was das ein reines Zweckbündnis für diese Regionalwahlen?

Auch in Frankreich sind die Ergebnisse des rechtsextremen „Front National“ in manchen Regionen leider viel höher als erwartet. In unserer Region - Nord- Pas de Calais sitzt jetzt die Tochter

von Le Pen im Regionalparlament und hat der grün-roten Regionalregierung den Krieg erklärt. Der auch gleich schon begonnen hat. Es ist zu hoffen, dass das Linksbündnis Bestand hat. Mit den Grünen scheint das auf gutem Wege für künftige Koalitionen. Es ist abzuwarten, wie sich die Kommunisten und andere Linksparteien positionieren.

In Frankreich scheint die Skepsis gegenüber der Europäischen Union stark zu sein. Jedenfalls wurde in unserem Land die Ablehnung des Lissabon-Vertrags durch eine Mehrheit beim Referendum so gedeutet. Wie schätzt Ihr die Stimmung in Eurem Land gegenüber Europa ein?

Als 2005 eine Mehrheit der Franzosen sich gegen den europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen hat, war sowohl das ganze Land als auch die Sozialistische Partei zweigeteilt. Innerhalb der Partei hat es viele Debatten gegeben. Einig waren sich sehr viele, dass die gegenwärtige Europapolitik zu wenig im sozialen Bereich für die Bürger tut, zu sehr liberal orientiert und allein Finanz- und Wirtschaftsinteressen vertritt.

Worüber sich dann die Meinungen teilten, war die Weise, wie man ein bürgernahes und sozialer ausgerichtetes Europa schaffen kann : indem man „nein“ oder „ja“ zu dem Vertrag sagt. Die, die „ja“ sagten (ich gehöre dazu), waren der Meinung, dass der Verfassungstext ein Schritt in die richtige Richtung ist und dass ein „nein“ Europa nicht weiterbringt sondern eher den Nationalisten und Europagegnern zu Gute kommt. Die Vertreter des „nein“ hofften, dass durch eine Ablehnung des Vertrages ein tiefer Wandel in der Europapolitik zu erreichen sei. Ich glaube nicht, dass dieser eingetreten ist. Ein Argument war damals auch, dass, wenn andere Länder wie Deutschland per Referendum abgestimmt, hätten, das Ergebnis auch negativ gewesen wäre.

Was den Lissabon-Vertrag betrifft, so hat Nicolas Sarkozy nicht durch Referendum entscheiden lassen wollen, sondern hat es vorgezogen, wie auch in Deutschland, das Parlament abstimmen zu lassen.

Diese Debatte hat Wunden und eine Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Europapolitik hinterlassen. Während den Europawahlen hat man gemerkt, dass viele Bürger nicht mehr an Europa glauben oder sich zumindest viele Fragen stellen.

In der SPD ist Europapolitik zwar programmatisch sehr präsent, in der konkreten Politik der Partei vor Ort aber unterrepräsentiert. Wie sieht es diesbezüglich in der PS France aus?

Das sieht in Frankreich sehr ähnlich aus. Es ist nicht so einfach, Interesse für Europa auf lokaler Ebene zu wecken. Ich glaube aber, dass dies unbedingt notwendig ist, um Europa den Bürgern näher zu bringen. Lokale Initiativen, viele Erklärungen, was Europa konkret für die Bürger bedeutet und Begegnungen/Partnerschaften, sind meiner Ansicht nach, der einzige Weg, den „Graben“ zwischen den „Bürokraten in Brüssel“ und den Bürgern zu überwinden, der zumindest in Frankreich ein Problem geworden ist. So hoffe ich, dass wir mit der SPD Begegnungen und Debatten führen können und so konkret ein Stück Europa zusammen aufbauen.

Ergebnisse der Regionalwahlen in Frankreich

1. Wahlgang vom 14. März:

Sozialistische Partei:	23,52 %
Kommunistische Partei:	5,84%
Grüne:	12,18%
Liste Extreme Linke	3,4%
Liste Diverse Linke	3,06%
Liste Vereinigte Linke	5,62%

Zentrumsliste MoDem	4,2%
Liste der Mehrheit	26,02%
Front National	11,42%

2. Wahlgang vom 21. März:

Vereinte Linke 46,4%

Liste Sarkozy* 35,38%

Front National 9,17%

**Richtiger Name: Listes de la majorité (LMAJ)*





Marc Raschke

Das laute Schweigen im Europäischen Wald

EU in der Medien-Berichterstattung:

Warum es auch auf absehbare Zeit keine „europäische Öffentlichkeit“ geben wird

Wie krumm eine Gurke nun tatsächlich sein muss, wissen sicherlich die wenigsten EU-Bürger. Stattdessen hat sich landläufig in den Köpfen eingebrannt, dass die Europäische Union mit ihren Richtlinien selbst den Griff ins Gurkenglas nicht scheut, um Vorschriften zu machen. Wohl auch deshalb genießt der EU-Apparat hinter den verglasten Protzbauten der belgischen Hauptstadt inzwischen ein äußerst fragwürdiges Image. Mit einem abschätzig betonten „Brüssel!“ wird im Volksmund gleich eine ganze Stadt zum Synonym für einen Behörden-Moloch voller EU-Technokraten im Normierungswahn, wobei der Begriff „EU-Technokraten“ noch einer der harmloseren ist. Garniert wird dieser Eindruck in regelmäßigen Abständen durch Medien-Berichte über verschwundene Subventionen, korrupte EU-Beamte und Politiker, die Sitzungsgelder kassieren, ohne je an diesen Sitzungen teilgenommen zu haben.

Marc Raschke

freiberuflicher Journalist und Chefredakteur des Online-Gesundheitsmagazins www.rheinuhrmed.de. Während seines Volontariats bei der WAZ arbeitete er u.a. im Korrespondenten-Büro in Berlin. Jahre zuvor war er bereits als Freiberufler für Auftragsarbeiten der WAZ u.a. in Brüssel.

Über 1200 akkreditierte Journalisten berichten aus Brüssel

Dabei hat die EU durchaus Möglichkeiten, das eigene Image ins rechte Licht zu setzen, und zudem noch Bedingungen vor Ort, die jeden PR-Manager eines Weltkonzerns vor Neid erblassen lassen: Der Nachrichtenplatz Brüssel weist nämlich eine der höchsten Korrespondentendichten der Welt auf. Über 1200 akkreditierte Journalisten eilen hier täglich von einer Pressekonferenz zur nächsten, um für ihre Heimatredaktionen zu berichten, was ihnen Politiker in die Blöcke diktieren. Da müsste doch mehr kommen. Oder?

In Deutschland wird verhältnismäßig viel über die EU berichtet

Um die gute Nachricht gleich vorweg zu schicken: Verglichen mit anderen EU-Staaten liegt Deutschland weit vorn, wenn es um die Berichterstattung aus Brüssel geht. Auch wenn der Eindruck aus deutscher Perspektive ein anderer sein mag. Neben der Bundesrepublik (15 %) weist nämlich nur noch Irland (15,2 %) einen höheren Anteil von EU-Artikeln an der Gesamtberichterstattung auf. Auf dem dritten Platz folgt Litauen mit 13,7 Prozent der untersuchten Berichte. Das Europa-skeptische Großbritannien gehört, wen wundert es, mit 2,9 Prozent zu den Schlusslichtern. Das geht aus der Elf-Länder-Studie AIM (Adequate Information Management in Europe) hervor, die die EU-Berichterstattung in europäischen Zeitungen und Fernsehnachrichten unter die Lupe genommen hatte. Ergänzt wurde diese Analyse durch Interviews mit mehr als 160 europäischen Journalisten in den Heimatredaktionen sowie über 140 Korrespondenten in Brüssel.

Zwischen EU und Bürger herrscht ein Kommunikationschaos

Danach sind es vor allem Wirtschaftsberichte, die veröffentlicht werden und letztlich das Urteil festigen, die EU sei eigentlich nur eine Wirtschafts-, aber keine Wertegemeinschaft. Wertethemen wie Soziales (4 Prozent), Kultur und Wissenschaft (5 Prozent) oder humanitäre Fragen (4 Prozent) machen laut AIM nur einen Bruchteil der Gesamtberichterstattung aus. Selbst politische Themen reichten mit knapp 40 Prozent nicht an den Schwerpunkt Wirtschaft heran, der mit knapp 50 Prozent die Themen anführt. Wirtschaft, so verstehen es die meisten Redaktionen, ist schließlich ein Nachrichtefeld, das sich spürbar auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort und den Lebensalltag der Menschen herunter brechen lässt. Denn: Wenn es ans Geld geht, ist die öffentliche Aufregung und damit die allgemeine Wahrnehmung gewiss. „Die EU präsentiert sich gegenüber den Bürgern gerne als Wertegemeinschaft. Die Menschen nehmen sie aber in der Berichterstattung so nicht wahr. In den Medien ist die EU vor allem eine Institution mit ökonomischen Interessen.“

mischen Auswirkungen. Das Kommunikationschaos zwischen EU und Bürgern ist gewaltig“, sagt Professor Gerd G. Kopper vom Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus in Europa an der Universität Dortmund, der das AIM-Projekt leitete.

Vielen Redaktionen fehlt es an Personal und Wissen

Klassische Medien wie Zeitungen scheinen mit diesem Kommunikationschaos überfordert zu sein. Nicht zuletzt, weil in Zeiten sinkender Auflagen und Anzeigenerlöse in vielen Redaktionen der Rotstift regiert. Büros werden geschlossen oder fusionieren, teure Korrespondenten werden in die Heimat zurückgerufen, um dort in den Redaktionen die personellen Lücken zu füllen. Übrig bleibt eine Berichterstattung in „light“, die sich im Wesentlichen aus Agenturmeldungen und Telefonaten mit „Mittelsmännern/-frauen“ zusammensetzt; Informationen aus zweiter oder gar dritter Hand also. Knapp die Hälfte aller von AIM untersuchten Zeitungsartikel wurde in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten vorbereitet und verfasst, nur jeder siebte stammt von einem EU-Korrespondenten. Mitunter fehlt es vielen Heimatredaktionen aber nicht nur an Personal, sondern auch an Wissen für eine nachhaltige EU-Berichterstattung. In 2006 und 2007 führte EurActiv eine Studie unter in Brüssel ansässigen Journalisten durch, um zu ermitteln, wie diese über EU-Angelegenheiten berichten. Danach gab mehr als jeder zweite Journalist (57%) an, dass, um die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten zu verbessern, weiterführendes Training in spezifischem Politikwissen nötig sei. Für die Verlage jedoch würde das Investitionen bedeuten, die derzeit kaum jemand wagt.

„Es geschehen hier so viele Dinge gleichzeitig“

Die Kollegen, die noch ihren Arbeitsplatz als Korrespondent in Brüssel vom Verlag finanziert bekommen, stehen in der täglichen Arbeit vor großen Herausforderungen. Ein Korrespondent aus Zypern brachte es unlängst auf den Punkt: „Es geschehen hier so viele Dinge gleichzeitig. Dies führt zu Situationen, in denen man über etwas berichten muss, ohne tatsächlich anwesend gewesen zu sein. Dann helfen Technologie, etwa die Übertragung im Internet und gute Kontakte mit den Pressestellen der Institutionen und Kollegen“. Wiederholt hatten sich Journalisten deshalb an die EU-Organe gerichtet und gebeten, die Termine der EU-Sitzungen besser abzustimmen, damit nicht gleichzeitig ein wichtiger Ministerrat in Luxemburg oder Brüssel und eine Plenartagung des Parlaments in Straßburg stattfinden. Bislang blieben diese Einwände jedoch ohne spürbaren Erfolg. Von Seiten der EU wird vielmehr entgegnet, dass es gar nicht die eine Öffentlichkeitsarbeit der EU gebe. Während sich nämlich die Deutschen sehr für Nachrichten aus dem Bereich Energiepolitik interessieren, haben z.B. die Griechen eher ihre Olivenernte im Sinn und reagieren auf Schlagzeilen, die die entsprechenden Agrarsubventionen aus Brüssel betreffen. Das mag etwas holzschnittartig klingen, zeigt aber einmal mehr zum aktuellen Zeitpunkt der EU das Grundproblem: die „Un-Einheit“ der Staaten und Völker.

Freiberufliche Journalisten haben sogar EU-Behörden als Auftraggeber

Der „gute Kontakt“, den viele Journalisten in die Pressestellen der EU-Behörden pflegen, kommt übrigens nicht von ungefähr. Nicht wenige Korrespondenten arbeiten als freiberufliche Journalisten in Brüssel. Das heißt, dass sie einen Teil ihrer Arbeitswoche im Auftrag der Heimatzeitungen arbeiten – und in der übrigen Zeit noch andere Jobs annehmen (müssen), um die zum Teil horrenden Mieten und Lebenshaltungskosten in der „Hauptstadt Europas“ zu bestreiten. Für die Verlage hat das zweifelsohne den Vorteil, dass sie sich vor teuren, unflexiblen Festanstellungen drücken können. Das Opfer, das sie damit jedoch wortlos einkalkulieren, ist nicht zu unterschätzen. Es kann nämlich durchaus vorkommen, dass Journalisten, die eigentlich kritisch über EU-Organe berichten sollen, an Tagen ohne Zeitungsauftrag auf der Lohnliste eben dieser EU-Organe stehen und PR-Arbeit machen – etwa zu den Vorteilen einer normierten Krümmung von Gurken.

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Referates, das der Autor in der „Initiative Europa Sozial&Demokratisch“ der SPD Münster im November 2009 zur Diskussion stellte.





Veranstaltungsbericht - von Sigrid Fretlöh

„Europäisches Bonn“ - Veranstaltung des AK Europa Bonn

Großbritannien zwischen Euroskepsis und Europavision?

Der Arbeitskreis Europa der Bonner SPD veranstaltete in Kooperation mit dem Oxford-Club Bonn e.V. und dem Britischen Generalkonsulat Düsseldorf am 25.3.2010 im Rahmen der Reihe „Europäisches Bonn“ einen EU-Länderabend „Großbritannien – zwischen Euroskepsis und Europavision? Mehr als nur Abwarten und Tee trinken“.

Der britische Generalkonsul Malcolm Scott hielt einen Auftaktvortrag zum Thema „Großbritannien als Teil der EU“, bei dem ein wirtschaftlicher Schwerpunkt mit globalem Bezug und Großbritanniens Rolle beim Durchsetzen gemeinsamer Ziele der EU im Mittelpunkt standen. Außerdem stellte er sich bereitwillig weitreichenden Rückfragen in Deutsch, was besonders begrüßt wurde. Durch den Abend führte Dr. Sigrid Fretlöh als Leiterin des AK Europa und Großbritannienexpertin.

Zu der lebhaften Diskussion, ob z.B. zum Thema Euro oder zur Frage eines möglichen Türkei-Beitritts, trugen auch andere Europa-Experten (wie etwa der frühere Europaabgeordnete Helmut Kuhne, MdEP für die SPD 1994-2009 oder der Politikwissenschaftler Dr. Siebo Janssen) bei. Unter den Gästen waren u.a. der Leiter der Europäischen Kommission, Regionalstelle Bonn, Dr. Stephan Koppelberg und Ursula Roth, Geschäftsführerin der Deutsch-Britischen Gesellschaft Bonn.

Dr. Sigrid Fretlöh

leitet den
AK Europa der SPD Bonn



Es ist auch als Beispiel zu verstehen, mit europapolitischen Themen über den AK hinaus ungewöhnliche externe Kooperationspartner vor Ort und NRW-weit zu suchen.

Die Veranstaltung fand in angenehmer Atmosphäre in den Räumen des Clubs, einschließlich Pub, statt und wurde als voller Erfolg gesehen, politische und kulturelle Realitäten des europäischen Nachbarn besser kennen zu lernen.

Die nächste Ausgabe des *europa.magazin* erscheint Ende Mai und wird sich u.a. mit folgenden Themen befassen: *EU-2020 - die neue strategische Planung: Was steckt dahinter? Regionalwahlen in Italien - Berlusconi forever? Niederlande vor den Wahlen - wie stehen die Chancen der PvdA? Und natürlich wieder: Termine + Berichte + Hinweise und Texte an die Redaktion bitte bis zum 15. Mai 2010 an: europa-magazin@spd-muenster.de*

